

## Deutschland.

**Berlin, 3. Januar.** Die preussische Regierung hat den verbündeten Regierungen der norddeutschen Staaten bereits die Anfrage zugehen lassen, daß die Einberufung des Parlaments für den 15. Februar bestimmt worden sei, und wird hiernach dem §. 10 des Wahlgesezes entsprechend die Auslegung der Wählerlisten scheinlich erfolgen müssen. Die Königl. Regierung hat Anordnungen getroffen, daß in Preußen mit größter Beschleunigung alle zur Vollziehung der Parlamentswahlen nach erforderlichen Maßregeln ergriffen werden. Den Landrätthen sind die betreffenden Restripte nebst Wahlreglements direkt also mit Umgehung der Regierungen zugegangen, damit eine Verzögerung vermieden werde. Die alphabetische Aufzählung der Wahlberechtigten darf nach §. 1 des Reglements in den Städten auch für jedes Haus besonders geschehen unter Beobachtung der Reihenfolge der Häuser nach den Straßen. Auch gedruckte Stimmzettel sind nach §. 11 des Wahlgesezes und §. 13 des Reglements zulässig, sofern sie nur sonst den Vorschriften entsprechen. — Die Agitationen der polnischen Nation für einen Anschluß an Oesterreich treten immer offener und stärker hervor; so enthielt kürzlich das poln. Organ „Dziennik Posen“ einen Artikel aus Wien, in welchem die Polen unter Hinweis auf den Anschluß an Oesterreich, als alleinigen Weg zur Realisierung ihrer politischen Pläne, ermahnt werden, durch Mäßigung in ihren Ansprüchen und Unterstützung der Politik des österreichischen Kabinetts das Zusammengehen mit dem Kaiserstaat zu erleichtern. Das föderalistische System wird darin als ihren nationalen Zwecken dienlich empfohlen, die Triasidee aber ebenso wie der Dualismus und der Centralismus bekämpft. Man ist nicht im Zweifel darüber, daß die s. g. welcke Aristokratie und das in Wien organisierte Gattoriskische Pressbüreau in naher Verwandtschaft mit den qu. Artikel stehen. — Am 5. Januar wird die feierliche Verkundigung der Besitzergreifung der von Baiern und Hessen-Darmstadt an Preußen abgetretenen Gebietsteile, sowie die Uebernahme durch einen Bevollmächtigten der preuß. Regierung erfolgen. — In der Provinz Hannover hat offenbar der Erlaß vom 3. Dezember, welcher Zeugniß davon gab, daß die preussische Regierung nicht gesonnen sei, die so lange mißbrauchte Milde in Schwäche ausarten zu lassen, eine beruhigende und für die zur Meinung nicht geneigten Elemente der Bevölkerung eine wohlthunende Wirkung gehabt; dem Welfen-Terrorismus ist damit ein Ziel gesteckt worden, und die ruhigen Bürger sehen sich gern von dem sinnlosen partikularistischen Parteitreiben befreit. Die auf vielen Familien drückend lastende Militärfrage rückt mit jedem Tage ihrer vollständigen im Allgemeinen befriedigenden Lösung näher, und die nun herantretenden Tagesfragen, die Parlamentswahlen, die Organisation der Verwaltung, die Verkehrs-, Gewerbe- und Gemeindeinteressen der Gegenwart drängen mit wachsender Gewalt die Welfenremiszenzen in den unbefangenen Kreisen zurück. Man kann im Allgemeinen der hannoverschen Presse das ehrende Zeugniß nicht versagen, daß ihr Einfluß ein günstiger gewesen ist und daß sie nicht wenig dazu beigetragen hat, das Verständnis für die nationalen Interessen zu fördern. — In Kurhessen hat wohl nicht unwesentlich die lebendige persönliche Einwirkung durch die leitenden Kreise das Uebergangsstadium erleichtert und in Nassau hat das Gebiet der materiellen Fragen, das Bergwerksgesetz, die bevorstehende Aufhebung des bestehenden misliebigen Jagdgesezes und dergl. Gelegenheit gegeben, die Bevölkerung von der wohlthunenden Fürsorge der neuen Regierung zu überzeugen. Auch die Besorgnisse vor einer unerwünschten Lösung der Domänenfrage schwinden dort mit dem einklebenden allgemeinen Vertrauen mehr und mehr.

Die Bevollmächtigten der Regierungen des norddeutschen Bundes zu den Minister-Konferenzen sind im Laufe des gestrigen Tages sämtlich wieder hier eingetroffen. Der mecklenburgische Staatsminister v. Derpen ist von seiner Krankheit völlig wieder hergestellt und bedarf keiner Stellvertretung.

Der Königl. Gesandte in Ato, v. Eichmann, ist gestern Morgens von Paris kommend hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen. Derselbe wurde Mittags im auswärtigen Amte empfangen.

Die zuerst von der „N. Pr. Z.“ gebrachte Nachricht, daß eine große Anzahl jetzt eingeseelter Rekruten aus der Provinz Hannover nicht konfirmirt sei, wird hier in Berlin von Seiten des Publikums vielfach angezweifelt. Nachstehender Korpsbefehl des General-Kommandos des 10. Armee-Korps wird alle Zweifel beseitigen:

„Es ist gemeldet worden, daß unter den kürzlich zur Einstellung gelangten ehemaligen hannoverschen Soldaten viele Mannschaften sich befinden, welche noch nicht konfirmirt sind. Beim Regiment Nr. 78 allein stellt sich die Zahl derselben auf 11. Die Truppen-Kommandos werden hierdurch aufgefordert, in dieser Beziehung sofort weitere genaue Nachforschungen anzustellen und Zahl und Namen der im gleichen Falle sich befindenden Eidespflichtigen hierher anzugeben, damit für dieselben, bevor sie zum Eide selbst zugelassen werden, noch der erforderliche Religions-Unterricht und sodann ihre nachherige Konfirmation angeordnet werden kann.“

Jener auffallende Umstand findet zum Theil seine Erklärung darin, daß es in den westlichen Strichen Hannovers, besonders in Ostfriesland, Sitte ist, die Konfirmation bei Knaben sowohl als Mädchen nicht sofort nach deren Austritt aus der Schule, sondern erst später, zuweilen erst, wenn sich ein äußeres Erforderniß, wie z. B. Verheirathung, dazu einstellt, vorzunehmen zu lassen.

Ueber die Verhandlungen über den norddeutschen Bund wird der „Presse-Ztg.“ von hier geschrieben: „Allem Anscheine nach haben die bisberigen Konferenzen der Bevollmächtigten hauptsächlich Gelegenheit zur freien Besprechung der preussischen Vorschläge geboten. Dies Verfahren hat den Vortheil, daß die Be-

denken und Sonderwünsche der einzelnen Regierungen sich vor dem Beginne der eigentlichen Vereinbarung der Verfassung geltend machen können und nicht nachher den Lauf der Verhandlungen unterbrechen. Das Mecklenburg, Oldenburg und Sachsen die von Preußen mit vollem Rechte angestrebte Verschmelzung des gesammten Postwesens im norddeutschen Bunde als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen darstellen, kann, wenn die Schädigung in der That eintreten müßte, d. h., wenn die Erträge der Postverwaltung in den betreffenden Ländern wirklich höher sind, als in den andern norddeutschen Territorien, nicht auf die Aufrechterhaltung des Prinzips an sich, sondern höchstens auf die praktische Durchführung desselben von Einfluß sein. Natürlich könnte es sich nur um provisorische Auskunftsmitel handeln, bis zu dem Zeitpunkte, wo durch eine einheitliche, von der Legislative des Bundes festzustellende Organisation des gesammten Postwesens die augenblicklichen Unzuträglichkeiten beseitigt sein würden. Die vollständige Konzentration des Post- und Telegraphenwesens in der Hand der Präsidialmacht soll, nach offiziösen Andeutungen, erst in dem, dem Ministerkongress am 14. Dezember unmittelbar vorhergegangenen Ministerthate als unabweisbar in den preussischen Entwurf aufgenommen worden sein; um so weniger ist an ein Aufgeben dieser Forderung zu denken. Die deutschen Postanstalten in den Hansestädten sollen unmittelbar nach Abschluß des Unionsvertrages an Preußen übergehen, während der Aushebung der daselbst bestehenden nichtdeutschen Postämter, z. B. des dänischen in Hamburg, Verhandlungen mit den betreffenden Regierungen vorausgehen müssen. Die Aufnahme der Bestimmungen in den Verfassungs-Entwurf, welche den Hansestädten, so lange sie das wünschen, die Stellung als Freihäfen außerhalb der gemeinsamen Zolllinie zusichert, ist ein Beweis, daß Preußen nicht gewillt ist, alle Rücksichtnahme auf die Einzelinteressen bei Seite zu setzen (die Hansestädte sollen mit einem entsprechenden Theile ihres jetzigen oder des umliegenden Gebietes außerhalb der Bundeszolllinie bleiben) — um so fester wird aber Preußen auf der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bestehen müssen.

Baron Rothschild wird, nach der „Pr. Z.“, in Kurzem als Graf Rothschild die Reihen der Wiener hohen Aristokratie schmücken. (Die Prämie für den Gegenstand wurde, so wird in Börsenkreisen geplaudert, bei dem jüngsten Vorschuß von zehn Millionen Gulden zugesagt, welchen das Haus Rothschild an den Staat auf Grundlage des bei der Bank verpfändeten 50er Silberanlehens geleistet und dadurch die Rückzahlung des Silberschuldstestes an die Bank ermöglicht hat.) Die Ueberstellung der Familie Rothschild von Frankfurt nach Wien, welche in letzter Zeit in so demonstrativer Weise stattfand, erhält durch die Erhebung der Familie in den Grafenstand ihr besonderes Relief.

Die „Mil. Bl.“ (welche, durch den Krieg unterbrochen, jetzt wieder erscheinen) schreiben: Die beiden Kommissionen, welche die in dem letzten Kriege gemachten Erfahrungen in Bezug auf Bekleidung und Ausrüstung zusammenstellen und verwerten sollen — unter Vorsitz des Kronprinzen für die Infanterie, unter dem Prinzen Friedrich Karl für die Kavallerie — haben ihre Arbeiten noch nicht beendet; was darüber in das Publikum gelangt ist, ist daher mindestens verflücht.

**Lauenburg a. d. Elbe, 1. Januar. (N. A. Ztg.)** Die gestern hier tagende Volksoberversammlung wurde von dem Vorsitzenden des Wahl-Comitè, Herrn Fabrikbesitzer v. d. Sandt, mit einem Hoch auf den Gründer der norddeutschen Macht, unsern rechtmäßigen Herrscher, Se. Majestät König Wilhelm, eröffnet. In längerer Rede vergegenwärtigte er den Versammelten sodann die für Deutschlands Geschichte ewig denkwürdigen Begebenheiten des scheidenden Jahres; nicht unerwähnt wurden gelassen die großen Verdienste des Leiters unserer auswärtigen Angelegenheiten, sowie die Intelligenz und bewunderungswürdige Tapferkeit des preussischen Volksheroes. — Weiden, der braven preussischen Armee, wie dem Minister v. Bismarck, wurde ein einstimmig allgemeines Hoch ausgedrückt. — Schließlich forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, durch stärke Theilnehmung an den Vorversammlungen und durch ruhige Diskussionen den unserer Stadt häufig gemachten Vorwurf der politischen Laune und Unruhe zu entkräften und zurückzuweisen. Im Verlauf der Besprechungen, wobei sich namentlich die Herren Dr. Haer und Bauernvogt Wolf aus Pötrau durch gediegene längere Vorträge auszeichneten, wurden die ausgesprochenen Tendenzen des Wahl-Comitè's fast allseitig gutgeheißen.

**Haseburg, 2. Januar.** Das „Offiz. Wochenbl. f. das Herzogth. Lauenburg“ veröffentlicht ein Gesez über eine Domianalanleihe von 1,700,000 Thlr., nebst Ausführungs-Bestimmungen. Die Anleihe ist bestimmt zum Ersatz der nach Artikel 9 der Gasteiner Konvention für die an den König von Preußen erfolgte Uebertragung der von dem Kaiser von Oesterreich aus dem Wiener Friedensvertrage vom 30. Oktober 1864 erworbenen Rechte auf das Herzogthum Lauenburg bezahlten Summe und zur Deckung der nach den Auseinandersetzungen mit der dänischen Regierung aus der Pensionierung der früher gemeinschaftlichen Beamten auf das Herzogthum Lauenburg gefallenen Abfindungs-Quoten. Ueber diese Anleihe werden auf Inhaber ausgesetzte 4 Prozent Zinsen tragende Pfandbriefe ausgegeben, deren allmähliche Einlösung innerhalb 42 Jahren erfolgen soll.

**Hannover, 2. Januar.** Der Generalpolizeidirektor Steinmann hat bei Uebernahme seines Amtes ein Circular an die Chefs der Aemter und der selbstständigen Magistratsen erlassen. In demselben versichert er, daß er fern von kleinlich bevormundenden Bestrebungen immer in der festen und selbstthätigen Bewegung der Behörden des ihm anvertrauten Ressorts die sicherste Gewähr für die Ersprißlichkeit des Zusammenwirkens erblicken und die Befug-

nisse altbewährter Staats- und Kommunalbehörden stets achten werde. Gemeinames Ziel vorzugsweise der Polizeibehörden sei, den Uebergang Hannovers in die neue Staatsordnung in befriedigender Weise ins Werk zu setzen. Im Interesse der einheitlichen Handhabung des Sicherheitsdienstes seien Anzeigen der Obrigkeit und Lokalpolizeibehörden bei der Generalpolizeidirektion erforderlich u. a. in politischer Beziehung; über alle Wahrnehmungen in Bezug auf die öffentliche Meinung (Wahlbestrebungen aller Art), über interessante Erscheinungen in der Tagespresse und Broschürenliteratur, namentlich auch über Ausschreitungen mittelst der Presse, über die Thätigkeit der Vereine, Gründung neuer Vereine zc.; über alle agitatorischen Bestrebungen gegen die neue Staatsordnung, sowie über bemerkenswerthen Schritte der Anhänger der letzteren, über Differenzen zwischen Militär und Civil, über die Gefellung der Heerespflichtigen und der beurlaubten Soldaten, über etwaige legislativische und organisatorische Bedürfnisse. Der Generalpolizeidirektor stellt am Schluß seines Circulars eine Vereinfachung aller Theile der Provinz in Aussicht.

**Altenburg, 31. Dezember.** Dem „Dresd. Journ.“ wird geschrieben: Der Jahresbeschluß hat dem Lande als ein völlig unerwartetes Ereigniß einen Wechsel in der Person des dirigirenden Ministers in Aussicht gebracht. Sicherem Vernehmen nach hat der zeitliche Staatsminister, Wirkl. Geh. Rath Larisch (der seit 14 Jahren die Regierung des Landes geleitet hat) sich veranlaßt gesehen, um seine Entlassung aus den Herzogl. Diensten zu bitten, und es scheint, als ob diese Entlassung auch höchsten Orts genehmigt worden sei. Ueber die Beweggründe, welche dieses Ereigniß herbeiführt haben, verlautet vor der Hand nur Gerüchte; doch bringt man daselbst allgemein mit dem Gange der eben in Berlin gepflogenen Verhandlungen über die künftige Verfassung des norddeutschen Bundes zusammen.

## Ausland.

**Wien, 2. Januar.** Im Ministerium scheint hinsichtlich der ungarischen Frage eine ernstliche Spaltung zu herrschen. Wenigstens giebt die Polemik, welche die Regierungsorgane darüber unter einander führen, ein Recht, auf solche Differenzen zu schließen. Finanzrath v. Thümmel aus Dresden ist zu den Verhandlungen über die Revision des Zollvertrages mit dem Zollverein angekommen. Die Verhandlungen hofft man in acht Tagen zu beendigen. — Der Prozeß über das angebliche Attentat in Prag soll im künftigen Monat zur Schlussverhandlung kommen.

In Ungarn wird im Geheimen eine Wochenschrift, „1849“ betitelt, gedruckt, welche die Vorreife Ungarns von Oesterreich anstrebt. (Nach anderen Nachrichten soll das Blatt in Butareß gedruckt werden.)

Unser Finanzgesez flunkert zwar mit ziemlich befriedigenden Zahlen und bei oberflächlicher Betrachtung desselben sieht man mit nicht geringer Verwunderung, daß mit Beginn von 1867 noch ein Rest von beinahe 2 Millionen Gulden in unsern Staatskassen enthalten sein soll; geht man aber auf den Grund, so wird man gewahr, daß dies Resultat nur dann erreicht werden kann, wenn der Staat unablässig Banknoten druckt und die schwebende Staatsschuld bis zu einer schwindelnden Höhe vermehrt. Am diesen Preis hätte sogar noch ein größerer Ueberschuß erzielt werden können. In den einzelnen Administrationszweigen sind zwar namhafte Abstriche erschließen, aber selbst dieser Fortschritt, der vor einigen Jahren mit größtem Jubel begrüßt worden wäre, läßt heute vollständig kalt, weil man überzeugt ist, von den Abstrichen würden nur die ohnehin nothleidenden untern Beamtenklassen betroffen, durch Reduktionen der Beamtenschaft ein gefährliches Proletariat geschaffen und die allgemeine Nothlage nur erhöht. Die Börse ließ sich von den Zahlengruppen des Grafen Larisch nicht elektrisiren, und Niemand glaubt in Folge des neuen Finanzgesezes auf eine tatsächliche Besserung unserer Finanzlage hoffen zu dürfen.

**Aus der Schweiz, 31. Dezember.** Da die Regierungen Frankreichs, England und der amerikanischen Union bei Spanien oder Chile keine Reklamation wegen ihrer durch das Bombardement von Valparaiso beschädigten Angehörigen erheben wollen, so hat auch der Bundesrath für die im gleichen Fall befindlichen schweizerischen Handelsleute von weiteren Schritten abgesehen. — Der Bundesrath hat ein Reglement erlassen, durch welches die Beförderung von Unteroffizieren der Kavallerie zu Offizieren erleichtert wird. Es beruht auf den nämlichen Grundsätzen, wie ein ähnliches bei der Artillerie, das sich gut bewähren soll.

**Paris, 1. Januar.** Aus dem Schooße der mit Versuchen über Major Palliser's neuen Geschosz aus gekühltem Eisen beschäftigten Kommission von Offizieren ist ein Bericht über die Thätigkeit derselben von einem der Mitglieder, Kapitän Woole von der Artillerie, erschienen, der, sich anlehnend an die gemachten Versuche, eine gründliche wissenschaftliche Abhandlung über Panzerschiffe und deren Widerstandskraft, über Geschöße verschiedener Konstruktion und Kaliber und die dabei im Gebrauche befindlichen Geschosse liefert. Die Resultate der gemachten Untersuchungen sind nach derselben in folgenden Grundregeln zusammenzufassen: Zur wirklichen Durchbohrung von Zielobjekten, die mit Eisenplatten moderner Konstruktion beschlagen, sind schwere Geschöße nöthig, und da diese im Stande sein müssen, ihr Geschosz mit großer Geschwindigkeit zu schleudern, so müssen sie stark genug sein, eine bedeutende Pulverladung zu ertragen. Die Geschosse müssen von hartem Material sein. Palliser's neue Geschosse aus gekühltem Eisen sind dem Stahlgesehoz vollkommen in der Wirkung gleich, wenn nicht noch überlegen, und haben den Vorzug großer Billigkeit. Sprenggeschosse sollten so konstruirt werden, daß die Sprengladung in der Richtung des Schusses einschlägt. Ihr Vordertheil muß massiv und wo möglich ogival zugespizt sein. Bei Platten von Schmiedeeisen von gleich guter Arbeit stellt sich die jeweilige Widerstandskraft in das-

